



Verband Bildung und Erziehung
Landesverband NRW

Pressemitteilung

Dortmund, den 30.08.2017 PM 46/17

Bessere Bezahlung der Lehrkräfte

VBE: Ein längst überfälliger Schritt

Der Verband Bildung und Erziehung begrüßt die Ankündigung von der Schulministerin Yvonne Gebauer, dass sie sich für eine bessere Bezahlung der Lehrkräfte einsetzen will. Gegenüber WDR 5 erklärte sie, dass der Lehrerberuf eine größere Wertschätzung verdiene und Geld auch dazu gehöre. „Wir erwarten jetzt einen klaren Zeitplan. Es ist ein schon längst überfälliger Schritt, die ungerechte Bezahlung der Lehrkräfte zu beenden. Gerade hochqualifizierte Lehrerinnen und Lehrer an Grundschulen sind für den Einstieg der Kinder ins Schulsystem entscheidend. Zudem ist der Lehrermangel im Grundschulbereich verheerend und die Unterrichtsversorgung eine ständige Herausforderung. Eine gerechte Bezahlung aller Lehrkräfte nach der Besoldungsstufe A13 /EG 13 wäre ein entscheidender Schritt, um den Lehrermangel langfristig entgegenzuwirken“, erklärt Udo Beckmann, Vorsitzender des VBE NRW.

Der VBE hofft, dass die Gespräche zwischen der Schulministerin Yvonne Gebauer und dem Finanzminister aus Sicht der Lehrerschaft erfolgreich verlaufen. „Der VBE steht in dieser Frage voll an ihrer Seite. Wir weisen seit langem auf das veraltete Ranking der Bezahlung unsere Lehrkräfte hin. Mit der Aktion „Bekennet euch! A13/EG13 für alle!“ hatten wir alle Parteien auf die ungerechte Bezahlung aufmerksam gemacht – offenbar mit Wirkung. Es darf hier nicht die Baustelle der schlechten Bezahlung von Konrektorinnen und Konrektoren vergessen werden, die die alte Landesregierung hinterlassen hat. Wir fordern eine schnellstmögliche Entscheidung für eine Anhebung der Besoldung“, erklärt Beckmann.

Die geplante Beschäftigung von Sekundar-II-Lehrkräften an Grundschulen in Verbindung mit einer gerechteren Bezahlung, könnte mehr Lehrkräfte an den Grundschulen halten. Lehrkräften aus der Sekundarstufe II, die für zwei Jahre an einer Grundschule unterrichten, soll eine Stelle nach zwei Jahren am Gymnasium versprochen werden. „Passt die Bezahlung, würden sicherlich einige verbleiben und sich für die Grundschule dauerhaft qualifizieren“, erklärt Udo Beckmann.

Bereits 2011 hat der Verfassungsrechtler Prof. Dr. Gusy in einem Gutachten für den VBE festgestellt, dass die ungleiche Bezahlung gegen die Verfassung verstößt. Udo Beckmann: „Die Aufgaben der Lehrkräfte werden immer komplexer. Integration, Inklusion und Lernen in der digitalen Welt und das in Verbindung mit einer schlechten Lehrerversorgung erzeugen einen immensen Druck auf alle Lehrerinnen und Lehrer, die eine bessere Bezahlung schon lange verdienen.“

Verband Bildung
und Erziehung (VBE) NRW
Westfalendamm 247
44141 Dortmund

Kontakt Pressestelle:
Alexander Spelsberg
Tel.: 0231 425757 21
Mobil: 0172 5273505

a.spelsberg@vbe-nrw.de
www.vbe-nrw.de

Der Verband Bildung und Erziehung (VBE) NRW organisiert 24.000 Pädagoginnen und Pädagogen vorwiegend an Grundschulen, allen Schulformen der Sekundarstufe I sowie Gesamt- und Förderschulen und Kindertagesstätten. Der VBE ist die größte Lehrgewerkschaft im Deutschen Beamtenbund.